

Abschrift.

Landsberg, den 10. Dezember 1924.

An die Direktion der Festungshaftanstalt

Landsberg a./L.

Zu dem Artikel der Münchener Post über angebliche politische Umtriebe innerhalb der Festung Landsberg gebe ich noch nachträglich folgende Zusatzklärung ab:

1.)

Besprechungen im Sinne von Konferenzen fanden niemals statt. Es wurden deshalb auch niemals irgendwelche Protokolle geführt. Behauptungen die also in dieser Richtung fallen beruhen auf glattem Schwindel, oder Fälschungen.

2.) Die Besuche politisch tätiger Personen habe ich nicht selber veranlaßt oder gar befohlen, sondern sie kamen ausnahmslos an mich heran. Bis zur Wahl am 4. Mai handelte es sich ~~bei~~ dabei immer um die rein theoretische Frage meiner Stellungnahme zur Frage der Wahlbeteiligung der nationalsozialistisch Gesinnten. Der Versuch von mir eine Zustimmung für die Beteiligung an der Wahl zu erreichen, hatte keinen Erfolg. Schon aus der Tatsache heraus, daß nun dennoch gewählt wurde, kann die nur rein unterhaltungsmäßige Form aller dieser Besprechungen ersehen werden. Ebenso wurden meine Urteile über verschiedene in Aussicht genommene Kandidaten erbeten und später nicht-befolgt. ^{*)}

Nach den damaligen Wahlen fanden noch einige Besuche statt, deren Zweck ausschließlich die Ueberbrückung verschiedener persönlicher Zwistigkeiten sein sollte.

Was endlich die Andeutung betrifft, daß in der Festungshaftanstalt überhaupt politische Betätigung stattfand, so könnte es sich um eine unerlaubte Betätigung nur dann handeln, wenn der Zweck eines solchen Treibens etwa die Fortführung oder Neugründung verbotener Verbände oder Vereine wäre. Dies aber war nie der Fall. Ich habe mich im Gegenteil gegen alle Neugründungen gewehrt und die verschiedenen Herren immer gebeten von der Regierung die Freigabe der alten Arbeiterpartei, wenn nötig auch unter bindenden Zusicherungen und Konzessionen zu erlangen. Es hat auch keine der bestehenden politischen oder militärischen Neugründungen meine persönliche Zustimmung erhalten. Aus diesem Grunde kann sich auch kein Verband auf mich berufen. Im übrigen weise ich nochmals darauf hin, daß in großen Teilen des Reiches die nat. soz. Deutsche Arbeiterpartei nicht verboten war, ich aber nicht die Leitung eines Landesverbandes, sondern die des gesamten Reichsgebietes innehatte.

3.)

In der Erkenntniss, daß zahllose meiner Äußerungen in der
./.

H. Albrecht
Spindler
&
Meyer
&
Hiesemacher

*) z. B. Auszug in milit. Organ, 4. 12. 1924, 76

unglaublichsten Weise entstellt wiedergegeben wurden und nur Verwirrung anrichteten, habe ich sogar in öffentlichen Kundgebungen politische Besuche abgelehnt. Ich habe auch seit der Niederlegung meiner politischen Führung Mitte Juni, außer den Besuchen persönlicher Freunde keine solchen mehr erhalten. Da sich auch hiebei manchmal eine nicht richtige Auffassung über das stattgehabte Gespräch ergab, sah ich endlich auch von diesen ab.

Ich kann zusammenfassend nur feststellen, daß irgend eine politische Tätigkeit die ungesetzlich wäre innerhalb der Festungsmauern nicht stattgefunden hat und alle gegenteiligen Meldungen auf durchsichtigen Zwecken dienenden Lügen beruhen. Weiter aber, daß auch im gesetzlichen Rahmen sogar von einer politischen Tätigkeit nur insoweit gesprochen werden kann, als mit politisch-tätigen und auch anderen Besuchern eben auch politische Tagesfragen besprochen worden waren. Dies zu tun fasse ich aber solange als ein Recht auf, solange mir nicht die Ehre aberkannt ist und solange Festungsgefangene als Reichstagsabgeordnete das gesamte politische Material des Reichstags zugestellt erhalten.

gez. Adolf Hitler.